

Drei Stimmen zum Begriff der Nation

Die Deutschen und ihre Nation – ein schwieriges Thema. Regionalsprecher Wolfgang Braun hat in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Duisburg drei Vortragsabende mit renommierten Wissenschaftlern organisiert, in der es um die Frage geht, warum wir die Nation fürchten und zugleich brauchen. Die Vorträge sind Teil einer größeren Reihe, die bereits seit mehreren Jahren läuft (siehe Kasten Seite ##).

Den Auftakt in der ersten Jahreshälfte gab Christoph Nonn, Historiker und Mitarbeiter der Jewish Claims Conference. Sein Thema: „Wie andere ist auch die deutsche Nation eine Frage des Bewusstseins: Es gibt sie, weil wir uns als Deutsche fühlen. Aber warum tun wir das? Warum sehen sich mehr als 80 Millionen Menschen, die sich nie alle untereinander kennen können, als Mitglieder einer Gemeinschaft? Und was für Folgen hatte diese Wahrnehmung in den letzten zwei Jahrhunderten?“ Auf Nonn folgte die Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann. Die Trägerin des Friedenspreises

des Deutschen Buchhandels referierte über die „Wiedererfindung der Nation“. Abschließend sprach der Historiker und ehemalige Vorsitzende von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Bernd Faulenbach über „Selbstüberschätzung und Selbstzweifel. Die Deutschen und ihre Nation“. Mit freundlicher Genehmigung der Rheinischen Post (RP) und des Autors Peter Klucken drucken wir an dieser Stelle seinen Bericht über den ersten Vortrag sowie jeweils ein Interview mit Aleida Assmann und Bernd Faulenbach zu ihren Beiträgen. Alle Beiträge erschienen zuerst in der RP.

Peter Klucken

„Die Erfindung der Nation“

Der renommierte Historiker Christoph Nonn eröffnete mit einem vortrefflichen Vortrag die neue, hochkarätige Geschichtsreihe in der Volkshochschule Duisburg

Keine Angst vor „klassischen“ Bildungsveranstaltungen! Wie richtig diese Ermunterung ist, zeigte sich jetzt beim Auftakt der dreiteiligen, hochkarätigen Vortragsreihe, die unter Federführung des Vereins „Gegen Vergessen – für Demokratie“ und der Volkshochschule sowie weiterer Partner organisiert wird. Dabei wird der Begriff der Nation unter die Lupe genommen. Der renommierte Geschichtswissenschaftler der Düsseldorfer Heinrich-Heine-Universität, Christoph Nonn, legte mit seinem vortrefflichen Vortrag „Die Erfindung der Nation. Das deutsche Beispiel im 19. und 20. Jahrhundert“ ein solides geschichtswissenschaftliches Fundament. Der Vortrag fand in Präsenz im ausgebuchten VHS-Vortragssaal statt, wo die Zuhörer mit Corona-Abstand saßen.

Nonn, der übrigens zusammen mit seiner Ehefrau eine Laienspielgruppe leitet und es deshalb vielleicht besser als andere Professoren versteht, sein Publikum zu fesseln, startete seinen Vortrag, wie er selber sagte, „mittendrin im Thema“. Er erzählte die Anekdote von einer Diplomatenlegation, die sich nach dem Ersten Weltkrieg in ein abgelegenes Dorf irgendwo in den Karpaten zu ungestörten Verhandlungen zu-



Christoph Nonn

rückzog. Als jemand einen Dorfbewohner fragte, was er denn sei, Tscheche, Serbe oder Ungar, da bekam der diplomatische Fragesteller die schlichte Antwort: „Ich bin von hier.“

Die Nation, beispielhaft die deutsche, weise geschichtlich, so Nonn, keineswegs in römisch-germanische Urzeiten zurück, vielmehr sei die Nation eine „Erfindung“ des 19. Jahrhunderts. Die allgemeine Wehrpflicht und die Schulpflicht seien die wohl wichtigsten Katalysatoren, die dazu beitrugen, dass sich so etwas wie Nationalgefühl

einstellte. Positiv verbinde man mit der Nation Worte und Werte wie Geborgenheit oder Identität; negativ sei, dass sich die Nation in Abgrenzung gegenüber anderen, ja auch in Feindbildern zeige. Während noch in der frühen Neuzeit Landesherren keine Skrupel hatten, Gebiete untereinander zu tauschen, so wurde ein Territorium im Zuge der Nationalisierung nun zum „heiligen Boden“, der mit dem Blut von Soldaten der eigenen „Volksarmee“ (an Stelle von bezahlten Söldnern) verteidigt werden sollte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg schien der Begriff der Nation an Bedeutung verloren zu haben, so Nonn. Doch spätestens seit 1989 sei eine Gegenbewegung zu erkennen. Das sehe man beispielsweise an den vielen Deutschlandfahnen bei Fußballweltmeisterschaften.

Nonn ging es keineswegs darum, den Nationenbegriff zu verteufeln; vielmehr ordnete er ihn historisch ein. Schmunzelnd gestand er, dass er sich jetzt bei Olympia auch über deutsche Goldmedaillen gefreut habe, obwohl ihn die Sportart eigentlich überhaupt nicht interessierte und er die Sportler gar nicht kenne.

Ein sehr deutsches Tabu

Die Friedenspreisträgerin des Deutschen Buchhandels 2018 Aleida Assmann, die sich selber als Linksliberale sieht, plädiert für einen Begriff der Nation, der nicht als neues „N-Wort“ tabuisiert werden muss.

Ihr jüngstes Buch trägt den Titel: „Die Wiedererfindung der Nation. Weshalb wir sie fürchten und warum wir sie brauchen.“ Der Aspekt des „Fürchtens“ leuchtet dabei spontan ein, wenn wir an die Zeit des Nationalsozialismus denken, vielleicht aber auch schon an Trumps „America first“. Sie selber bezeichnen sich als „links-liberal“. Da könnte man doch vermuten, dass für Sie der Begriff der Nation ein neues tabuisiertes „N-Wort“ ist.

ALEIDA ASSMANN: Deutschland ist umgeben von demokratischen Nationalstaaten wie England, Frankreich oder der Schweiz. Die EU besteht ja aus 27 Nationalstaaten, und nur in Deutschland verweigert man den Begriff der Nation. Das ist ein sehr deutsches Tabu und natürlich eine Reaktion gegenüber einer Geschichte, von der man sich lossagen möchte. Wir fürchten die Nation, brauchen sie aber auch, weil wir Verantwortung tragen und eine wichtige Rolle zu spielen haben in der EU. Die Deutschen haben ihre Demokratie erst 1918 mit der Niederlage nach dem Ersten Weltkrieg geschenkt bekommen und dann auch gleich wieder zerstört. Nach 1945 bekamen sie sie von den Alliierten noch einmal geschenkt zusammen mit dem Marshall Plan. Die einzig erfolgreich errungene demokratische Revolution in Deutschland verdanken wir den ostdeutschen Bürgerinnen und Bürgern.

Gab es für Sie einen besonderen Anlass, sich mit der „Nation“ zu beschäftigen?

Seit 2013 stehen wir am Ende der friedlichen Erfolgsgeschichte der EU. Mit der AfD ist die militante Nation wieder auf dem Vormarsch. Grund genug, die zivile Nation zu stärken und sie gegen die Rückverwandlung in eine militante Nation zu schützen. In Zeiten des globalen Wandels und der sich überstürzenden Krisen braucht die Demokratie in unserem Land jetzt unsere ganze Unterstützung und nicht Berührungsscheu, Desinteresse und ewige Zweifel.

Dolf Sternberger und Jürgen Habermas haben vor rund 30 Jahren den Begriff



Aleida Assmann

„Verfassungspatriotismus“ in die gesellschaftspolitische Debatte eingeführt. Was halten Sie von diesem Begriff?

Verfassungspatriotismus ist genau das Richtige. Es geht um das Grundgesetz, um Menschen und Bürgerrechte, und zwar für alle. Das steht auf einem Stück Papier, und dieses Papier hat eine Geschichte. Der Satz: ‚Die Würde des Menschen ist unantastbar‘ ist eben auch ein ‚Erinnerungsartikel‘. Da hängen auch noch der Zweite Weltkrieg und der Holocaust mit dran. Von dieser Geschichte können die Deutschen nicht so einfach absehen und auch die Migranten nicht, die hier ankommen.

Blickt man in die Geschichte oder blickt man auf totalitäre Regime in der Gegenwart, hat man den Verdacht, dass Nationen sich durch eine antagonistische Form des Absetzens von anderen Nationen definieren. Nationalgefühl hängt da anscheinend mit Feindbildern zusammen. Anstelle einer solchen meist aggressiven Blut-und-Boden-Nation plädieren Sie, wie Sie eben sagten, für eine „zivile Nation“. Wie sieht die aus? Ist sie in Deutschland bereits verwirklicht?

Viele Deutsche haben ein Feindbild und das heißt ‚Nation‘. Das macht aber geschichtsblind. Schauen Sie sich mal die 27 Nationen in der EU genauer an. In meinem Buch „Der Europäische Traum“ habe ich beschrieben, wie die „zivile Nation“ erfunden wurde. Viele der Mitgliedstaaten wa-

ren zuvor militante Nationen, also Diktaturen. Zivile Nationen haben ihre Lehren aus der Gewaltgeschichte gezogen. Diese vier Grundsätze sind für mich das Friedensprojekt, das Demokratisierungsprojekt, eine selbstkritische Erinnerungskultur und die Anerkennung der Menschenrechte.

Ist der Krieg Russlands gegen die Ukraine ein schreckliches Beispiel dafür, wie der Begriff der Nation beziehungsweise wie das Nationalgefühl von Menschen instrumentalisiert wird?

Russland hat sich nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in eine Nation verwandelt. Es handelt sich dabei jedoch um eine militante und imperiale Nation, die nicht auf einer demokratischen Verfassung beruht, sondern auf der Größe und Erweiterung des Landes, einem überhöhten kollektiven Selbstbild und einem Geschichtsnarrativ, dass auf Ehre und Stärke setzt und einen Kult des Krieges betreibt.

Menschen aus Schleswig-Holstein und Bayern sehen sich vermutlich – trotz aller Unterschiede in Sprache und Mentalität – als Angehörige der „deutschen Nation“. Könnte es sein, dass sich in einigen Jahren Russen und Ukrainer als eine Nation empfinden? Oder wird noch der Gedanke von der „Erbfeindschaft“, wie er einst zwischen Deutschland und Frankreich kursierte, vorherrschend sein?

Imperien und militante Nationen sind monologisch und selbstbezogen. Sie leben in Wettstreit und Konfrontation. Norddeutsche und Bayern sehen sich dagegen gemeinsam als Deutsche, Deutsche und Franzosen wiederum sehen sich gemeinsam als Europäer. Wer in mehreren Mitgliedschaften lebt, kann Unterschiede als Reichtum anerkennen, ohne das Gemeinsame aufzugeben. Genau darin besteht der Reichtum der EU: Einen gemeinsamen Rahmen zu schaffen, in dem kulturelle und historische Unterschiede anerkannt und als wertvolle Ressource genutzt werden. Dieser gemeinsame Rahmen allerdings muss erst geschaffen werden. Das wäre auch der Weg einer Friedenspolitik für Russland und die Ukraine. »

» „Der Nationalstaat ist nicht tot“

Der renommierte Historiker Bernd Faulenbach, der eng mit der Vereinigung „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ verbunden ist, über Hoffnungen und bittere Einsichten.

Sie diagnostizieren als Historiker für die Gegenwart eine Unsicherheit der Deutschen gegenüber der eigenen Nation, die gleichermaßen durch Verdrängung, Selbstüberschätzung und Selbstzweifel charakterisiert sei. Woran machen Sie dies fest?

BERND FAULENBACH: Für die historisch erklärbare Unsicherheit gibt es vielfältige Symptome. Die Selbstverständlichkeit der anderen europäischen Nationen im Umgang mit ihrer Nation fehlt bei uns, was uns nicht hindert, darüber kritisch zu urteilen. Nicht wenige meinen bei uns, Europa substituieren die Nationen, während in den übrigen europäischen Ländern die Vorstellung vorherrscht, Europa überwölbe oder durchdringe die nach wie vor durchaus handlungsfähigen Nationalstaaten. In der Bundesrepublik gab es zeitweilig eine einflussreiche Denkschule, die aus der katastrophalen deutschen Geschichte glaubte, einen deutschen Auftrag ableiten zu können, ein postnationales Zeitalter heraufzuführen. Ungeachtet des historischen Fortschritts, den der Staatenverbund Europa darstellt, leben wir in einer Welt, in der Nationen bzw. Nationalstaaten dominieren, denken Sie nur an die „Vereinten Nationen“. Der Nationalstaat ist offensichtlich nicht tot – trotz der Globalisierung und anderer transnationaler Prozesse.

Aleida Assmann plädierte in der VHS-Vortragsreihe, in der Sie den Schlusspart übernehmen, für eine „zivile Nation“. Können Sie sich dieser Betrachtungsweise anschließen?

Im Grunde ja. Ich würde es so sagen: Die Nation ist häufig nicht nur Problem angesichts globaler Herausforderungen, sondern auch Weg zur Lösung von wichtigen Fragen. Allerdings kommt es sehr darauf an, wie wir Nation definieren, die



Bernd Faulenbach

immer ein Produkt der Geschichte ist. Ich plädiere heute für einen deutschen Nationsbegriff, der Nation als Verbindung von „geronnener Geschichte“ und Demokratie, das heißt als Staatsbürgernation definiert, die um ihre Geschichte weiß.

Gleichwohl stellt sich die Frage, inwieweit der Begriff der Nation durch die NS-Verbrechen diskreditiert worden ist, obgleich manche eben auch auf andere Verbrechen hinweisen, worauf Sie mit der „Faulenbach-Formel“ reagiert haben. Bitte erläutern Sie diese hier noch einmal.

Zeitweilig hatten wir in Deutschland und Europa eine – zum Teil jetzt wiederauflebende – Debatte über konkurrierende Vergangenheiten, die NS-Vergangenheit und die kommunistische Vergangenheit, die etliche glaubten, gegeneinander aufrechnen zu können. Ich habe für die



Foto: Betty Theuns

Die Fragen stellte **Peter Klucken**. Er studierte Germanistik und Philosophie sowie im Rahmen eines Lehrerstudiums Psychologie und Pädagogik. Nach dem Staatsexamen arbeitete er für die Rheinische Post (RP), davon von 1993 bis 2020 als verantwortlicher Redakteur für Kultur in der Duisburger Stadredaktion, seitdem als RP-Vertragsautor. Er hat die Arbeit der Regionalen Arbeitsgruppe Rhein Ruhr West von gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. bereits mit zahlreichen Beiträgen begleitet. Wir danken dem Autor und der Rheinischen Post für die Genehmigung zum Abdruck.

deutsche Diskussion, die die NS- und die SED-Diktatur parallelisierte, in den frühen 90er Jahren formuliert: „Die NS-Verbrechen können nicht durch die Berufung auf kommunistische Verbrechen relativiert, doch diese umgekehrt nicht unter Hinweis auf die NS-Verbrechen bagatellisiert werden.“ Generell ist wichtig, die Einzigartigkeit der NS-Verbrechen festzuhalten, allerdings auch andere Staatsverbrechen, genozidale Aktionen (die in der Erinnerung eine zum Teil wachsende Rolle spielen) im Gedächtnis der Menschheit festzuhalten und in den Erinnerungskulturen bewusst zu machen.

Hat der seit dem 24. Februar tobende Krieg in der Ukraine die Einstellung der Deutschen zur Nation verändert?

Derartige Einstellungen wandeln sich nicht von heute auf morgen. Doch ist an einigen Einsichten schwerlich vorbeizukommen. Die gemeinsame Haltung der Europäer und der NATO ist zwar beachtlich, zugleich aber wird deutlich, dass bei Krieg und Frieden nach wie vor die Letztentscheidung bei den Nationalstaaten liegt. Auch wenn wir den Prozess der internationalen Arbeitsteilung nicht einfach zurückdrehen können, so ist jedoch jetzt eine Tendenz erkennbar, bestimmte elementare Kompetenzen nicht völlig aufzugeben, sondern sozusagen im eigenen Land oder in nationaler Reichweite zu behalten. – Schließlich kommen wir in Deutschland nicht an der bitteren Einsicht vorbei, dass auf militärische Fähigkeiten gestützte Macht auch im 21. Jahrhundert Bedeutung behält, was wir in Deutschland mehr oder weniger nach 1989/90 verdrängt hatten.

Die Vereinigung „Gegen Vergessen – Für Demokratie“, deren Bundesvorsitzender Sie von 2015 bis 2020 waren, leistet ehrenamtlich viel für die geschichtlich-politische Bildung. Besonders die Duisburger Gruppe des Vereins ist dabei sehr aktiv. Was treibt Sie an, auch außerhalb akademischer Kreise, sich gegen Vergessen und für Demokratie einzusetzen?

Gesellschaft und Politik brauchen gerade in Deutschland ein realistisches historisch-

politisches Selbstverständnis, das um das Gegeneinander und Ineinander von Fehlentwicklungen und Katastrophen deutscher Geschichte weiß, doch gleichzeitig eben auch historische Leistungen und gegenwärtige Chancen zu erfassen vermag. Dies zu entwickeln und zu stärken, dazu

trägt „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ in seinen Gliederungen, nicht zuletzt die bundesweit bekannte Duisburger Gruppe, bei. Dieses Selbstverständnis sollte aus meiner Sicht wissenschaftlich fundiert sein. Der Zeithistoriker, der wesentliche Impulse für seine Fragestellungen

aus den Spannungsfeldern von Politik, Gesellschaft und Kultur empfängt, hat – so meine ich – eine besondere öffentliche Verantwortung für den vernünftigen Umgang mit Geschichte und deshalb engagiere ich mich. ■

Zwei historisch-politische Vortragsreihen in Duisburg

In Duisburg werden seit vier Jahren Vorträge zu Themen der historisch-politischen Bildung angeboten. Unterschieden werden dabei zwei einander ergänzende Reihen:

- **Die Deutschen, ihre Geschichte und was sie dafür halten**
- **Umwälzungen im europäischen Kulturraum seit 1776**

Bisher wurden 28 Vorträge gehalten – bis Ende des Jahres werden es 32 sein, davon 23 im Rahmen der Reihe zur deutschen Geschichte und neun innerhalb der Europareihe.

Die Vortragsreihen sind aus einer langjährigen Kooperation zwischen der Volkshochschule Duisburg und der Regionalgruppe Rhein-Ruhr West hervorgegangen, werden aber seit 2018 von einem breiten Veranstalterkreis getragen:

- **Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., RAG Rhein-Ruhr West**
- **Volkshochschule Duisburg**
- **Deutsch-Französische Gesellschaft Duisburg e.V.**
- **Deutsch-Britische Gesellschaft Duisburg e.V.**
- **Laboratorium – Ev. Zentrum für Arbeit, Bildung und betriebliche Seelsorge**
- **Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) Stadtverband Duisburg**
- **Jugendring Duisburg**

Im Januar 2022 traten zudem drei weitere Einrichtungen dem Kreis bei:

- **Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., RAG Mittleres Ruhrgebiet**
- **Evangelischer Kirchenkreis Duisburg**
- **Jüdische Gemeinde Duisburg-Mülheim/Ruhr-Oberhausen K.d.ö.R.**

Die Vorbereitung erfolgt in reger Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Duisburg unter Einbeziehung des gesamten Veranstalterkreises.

Weiterführende Informationen unter <https://www.gegen-vergessen.de/vor-ort/rhein-ruhr-west/>.

► Verknüpfung der Vortragsreihe

Die oben dokumentierte Veranstaltungssequenz zum Thema „Nation“, „Bekennnisonation“ oder „Staatsbürgernation“ in der Vortragsreihe „Die Deutschen, ihre Geschichte und was sie dafür halten“ wurde im September 2022 mit der anderen Reihe „Umwälzungen im europäischen Kulturraum seit 1776“

verknüpft. Unter dem Titel „Staatsbürgerkultur, Europorientierung und Völkerverständigung“ referierte Wolfgang Braun, Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Rhein-Ruhr West, zum „Handlungskonzept von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in Duisburg 2001–2022“.